

**Der hessische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
(BUND Hessen) nimmt Stellung zum**

**Gesetzentwurf der Fraktion der Freien Demokraten (FDP) für ein Hessisches
Wasserstoffzukunftsgesetz**

(Drucksache 20/5904)

Für den BUND Hessen ist die Wasserstoffstrategie der hessischen FDP ein ungedeckter Wechsel der Energiepolitik, da der für die Erzeugung des Wasserstoffs erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien in Hessen nicht schnell genug vorankommt. Wer Wasserstoff haben will, muss massiv Photovoltaik und Windenergie in Hessen ausbauen. Die hessische FDP blockiert jedoch politisch den Windenergieausbau und setzt anscheinend auf Wasserstoffimporte aus fernen Ländern. Das ist nicht zukunftsfähig. Insofern ist die gesamte Strategie der FDP nicht tragfähig.

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien gehört für den BUND Hessen zu einer „echten“ Energiewende die Halbierung des derzeitigen Energieverbrauchs. Wasserstoff ist ein Energieträger, der nicht frei in der Natur vorkommt, sondern aus anderen Energieträgern erzeugt werden muss. Daher muss eine Wasserstoffstrategie zuerst erläutern, aus welchem Strom welcher Herkunft Wasserstoff erzeugt werden soll. Das zeigen weder der Antrag noch der Gesetzentwurf auf. Der BUND fordert, dass Wasserstoff für neue Einsatzbereiche in Industrie, Mobilität und als Reserve der Versorgungssicherheit nur aus erneuerbaren Energien und aus Strom aus Solar- und Windenergie in Deutschland erzeugt werden soll.

Wasserstoff ist ein teurer Energieträger, der zielgerichtet eingesetzt werden muss und nicht verschwendet werden darf. Für die Erzeugung einer Kilowattstunde künstlichen Kraftstoffs werden drei bis vier Kilowattstunden Strom benötigt. Der Stromeinsatz pro km bei Brennstoffzellenantrieben mit Wasserstoff ist viermal so hoch wie für Elektrofahrzeuge mit direkter Stromnutzung durch Batterien. Dies bedeutet, dass auch für die Nutzung von Wasserstoff Effizienzanforderungen erforderlich sind, die sich in einer Strategie finden müssen. Der Gesetzentwurf der FDP differenziert zudem nicht zwischen dem Einsatz von Wasserstoff und aus Wasserstoff erzeugten künstlichen Energieträgern.

Die Vorstellung der hessischen FDP, große Teile des Energiebedarfs auf Wasserstoff (bzw. Power-to-X-Stoffe) umzustellen, ohne darzulegen, aus welchen Energiequellen dieser erzeugt werden soll und wie dieser gezielt, effizient und sparsam eingesetzt werden soll, weist keine energiewirtschaftliche Kompetenz des Antrags aus. Wasserstoff macht nur dort Sinn, wo andere Energieträger und insbesondere Stromeinsatz aus Wind- und Sonnenstrom nicht einfacher und günstiger sind. Wasserstoff ist alles andere als ein „perpetuum mobile“ der Energiewende.

Die Zielsetzung eines Wasserstoffverbrauchs von 25 % des heutigen Endenergieverbrauchs im Gesetzentwurf der FDP führt dazu zu erheblicher Energieverschwendung und hohen Energiekosten bei allen Energieverbraucher*innen. Dies zeigt, dass der Gesetzentwurf nicht auf einem tragfähigen nachhaltigen Energiekonzept aufbaut. Ebenso wäre es erforderlich, Fördermittel des Landes (auch unabhängig vom Gesetzentwurf der FDP) an transparente Kriterien einer hessischen Wasserstoffstrategie zubinden, die auf allen Stufen der Energiewandlung auf Energieeffizienz und Kostenoptimierung setzt und soziale und gesellschaftspolitische Themen im Inland wie auch in den Ländern, aus denen Wasserstoff importiert werden soll, einbezieht.

Der BUND ist im Nationalen Wasserstoffrat und im Kopernikus Projekt „Power-to-X“ beteiligt und setzt sich dort für Konzepte für eine gezielte, sparsame Nutzung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien ein. Ausführliche Ausarbeitungen des BUND sind im Internet abrufbar:

<https://www.bund.net/energiewende/erneuerbare-energien/power-to-x/wasserstoff/>

Hinsichtlich der Herstellung und Nutzung von Wasserstoff hat der BUND Leitlinien erarbeitet:

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/energiewende_wasserstoff_kurzinfo.pdf

In einem Impulspapier der Beratungsfirma BRAINPOOL hat der BUND aufgezeigt, welche Regelungen und Förderungen beim Ausbau von Wasserstoff als Energieträger erforderlich sind:

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/energiewende_impulspapier_p2x.pdf

Ebenso hat der BUND mit dem Öko-Institut Freiburg/Darmstadt vorgelegt, welche energiepolitischen und sozial-ökologischen Kriterien beim Ausbau der Erzeugung künstlicher Kraftstoffe („Power-to-X“) beachtet werden sollten:

<https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Impulspapier-soz-oek-Kriterien-e-fuels.pdf>

Der BUND ist daher gerne bereit, seine fachliche Expertise hinsichtlich energietechnischer, energiepolitischer und sozial-ökologischer Fragen der Energiewende bei der Entwicklung der vom Hessischen Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen im Juni 2021 im Landtag angekündigten Erstellung einer „Hessischen Wasserstoffstrategie“ einzubringen.